

Der Zwang zur Toleranz oder Die gesellschaftliche Bedeutung der Political Correctness

Bleeker-Dohmen, Roelf

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bleeker-Dohmen, R. (2003). *Der Zwang zur Toleranz oder Die gesellschaftliche Bedeutung der Political Correctness*. (Duisburger Beiträge zur soziologischen Forschung, 4/2003). Duisburg: Universität Duisburg-Essen Campus Duisburg, Fak. für Gesellschaftswissenschaften, Institut für Soziologie. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-111640>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

**DUISBURGER BEITRÄGE zur SOZIOLOGISCHEN
FORSCHUNG**

No. 4/2003

**Der Zwang zur Toleranz
oder
Die gesellschaftliche Bedeutung der
Political Correctness**

von
Roelf Bleeker-Dohmen
Universität Duisburg-Essen
Mai 2003

Herausgeber der "Duisburger Beiträge zur soziologischen Forschung" ist das Institut für Soziologie.
Kontaktadresse:

Universität Duisburg-Essen
Standort Duisburg
Fakultät für Gesellschaftswissenschaften
Institut für Soziologie
e-mail: sigurd.matz@uni-duisburg.de
Lotharstraße 65
D – 47048 Duisburg

Ein Verzeichnis aller bisher erschienenen Beiträge befindet sich im Anhang.

ISSN 0949-8516 (Duisburger Beiträge zur soziologischen Forschung)

Inhalt

1.	Einleitung: Toleranz oder Zensur?	2
2.	Die Ursprünge der Political Correctness	4
2.1	Herkunft der Political Correctness und Definition	4
2.2	Political Correctness in Deutschland	5
3.	Die gesellschaftliche Bedeutung der Political Correctness	9
3.1	Identität	9
3.2	PC als soziale Norm	12
3.3	Soziale Norm als Tabu	17
4.	Fazit: Die Pflicht zur Toleranz	20
5.	Literaturverzeichnis	22

1. Einleitung: Toleranz oder Zensur?

„Noch vor kurzem wollte der Mensch nicht edel und hilfreich, sondern auch gut und korrekt sein. (...) Heute scheint nichts anstößiger als der Verdacht, man könnte ein guter Mensch sein, und Korrektheit ist, begleitet vom Attribut ‚politisch‘, offenbar ein grandioser Makel.“

Der Versuch von Thomas Rothchild (1997: 103), das Rad zurückzudrehen und die Worte *korrekt* und *politisch* aus der negativen Zuschreibung zurückzuholen, dürfte kaum gelingen. Die Political Correctness scheint längst selbst stigmatisiert zu sein. Dabei war PC, wie der Begriff landläufig abgekürzt wird, der Versuch, die Stigmatisierung von Minderheiten *sprachlich* zu überwinden, zumal die herrschende Sprache die Sprache der Herrschenden ist, wie der einstige Berater des Ex-Kanzlers Helmut Kohl, Wolfgang Bergsdorf, feststellte. Dies beinhaltet immer auch die Gefahr, eine diskriminierende Sprache zu sein.

„Als sich herausstellte, dass Chancengleichheit zwar ein *formales* Faktum ist, dass aber bestimmte Gruppen historisch benachteiligt sind, da hatte man gute Gründe für Kompensierungsmaßnahmen zur Beseitigung dieser Ungleichheiten“, stellte Daniel Bell (1991: 301, Hervorhebung im Original) schon Mitte der 1970er Jahre fest. Die Maßnahmen, die auch in Deutschland ergriffen wurden, als Willy Brandt „mehr Demokratie wagen“ wollte und z.B. im Bildungsbereich durch das Konzept der Gesamtschulen und Gesamthochschulen auch Strukturen geschaffen wurden, die diesem Anliegen dienen sollten, wurden begleitet von einer zunehmenden Diskussion darüber, wie man auch „auf semantischer Ebene (...) Diskriminierungen aller Art“ (Dietzsch/Magerle 2002) bekämpfen könne.

Die hier vorliegende Untersuchung wird sich zunächst in einem kurzen historischen Rückblick mit der Entstehung und der Herkunft der PC beschäftigen. Im Mittelpunkt stehen soll aber die Frage: Welche gesellschaftliche Relevanz kann eine solche Art der Sprachregelung, die von ihren Gegnern als „Zensur“ gebrandmarkt wird, haben, welche Funktion kann sie erfüllen? Denn offenbar gibt es ein starkes gesellschaftliches Interesse daran, die Diskriminierung von Minderheiten zu überwinden. Kann PC die politische Korrektheit in Form einer „erzwungenen Toleranz“ tatsächlich ein soziales Band herstellen, das auch Minderheiten einbezieht? Dieser Frage wird im dritten Kapitel nachgegangen, indem die PC-Forderungen mit den sozialwissenschaftlichen Begriffen der *Identität* und der *sozialen Norm* (und ihre Rolle im Zusammenspiel mit dem Tabu) in Verbindung werden. Dies soll uns helfen, die Fragen danach zu beantworten, ob PC bestimmte Gruppen bei ihrer

Identitätsbildung unterstützt, und ob sie tatsächlich eine Form der sozialen Norm ist, deren gesellschaftliche Funktion für die Gesellschaft in der Soziologie oft genug dargestellt wurde. Inwieweit also könnte PC gesellschaftlich relevant sein, dem Zusammenleben nutzen? Mit der Beantwortung dieser Frage soll Licht in eine Debatte gebracht werden, die nicht selten den intoleranten Charakter der PC betont, nicht aber ihre möglicherweise dem Zusammenleben förderlichen Gebote anerkennt.

2. Die Ursprünge der Political Correctness

2.1 Herkunft der Political Correctness und Definition

Die Fragen nach der Herkunft und einer Definition der Political Correctness sind unmittelbar miteinander verbunden. Folgt man der Definition von Viola Schenz (1994: 23f.), wonach es das Ziel der politischen Korrektheit sei, „beleidigende oder diskriminierende, wie sexistische und rassistische, Äußerungen zu vermeiden oder in Form von ‚speech codes‘ zu verbieten“ und diese durch andere Ausdrücke zu ersetzen, so stellt sich gleichzeitig die Frage, wer dieses Anliegen formuliert hat.

Schenz' weitere Ausführungen dienen der Suche danach insofern, als sie darstellt, wer die ursprünglichen „Gegner“ der politisch Korrekten waren, nämlich „alles (...) was nach Ethnozentrismus und Monokulturalismus riechen könnte“. Zu deren Vertreter seien Platon, Aristoteles, Shakespeare, Dante oder Freud zu zählen. DWEM lautet die Abkürzung für das, was der PC ein Dorn im Auge ist: „dead white european men“. Und diesen Feind entdeckten die Vorläufer der PC an den Hochschulen der USA. Die Hochschulen Amerikas gelten somit als Geburtsort der PC.

Die tieferen Wurzeln der PC lassen sich, falls man den zahlreichen Spekulationen über die geistige Vaterschaft von Marxisten, Leninisten oder Poststrukturalisten entgehen will (falls nicht, vgl. hierzu insbesondere Schenz 1994: 27ff.), recht gut aus den Reformbestrebungen der 1960er Jahre ableiten. Folgt man Ingrid Gilcher-Holtey (2001: 32ff.) in ihrer Herleitung der Achtundsechziger-Bewegung aus den Bürgerrechtsbewegungen der *Southern Christian Leadership Conference* (SCLC, unter der Führung Martin Luther Kings) und der *Students for a Democratic Society* (SDS), so dürfte sich eine Verbindung herstellen lassen aus den Forderungen dieser Aktivisten und denen, die im Rahmen und Namen der PC formuliert werden. Insbesondere die SDS sorgten an den Universitäten für eine (zunächst einseitig geführte) Debatte über eine Öffnung des Zugangs, der Themenkataloge und der Rekrutierung des Lehrpersonals: klassische Themen der Achtundsechziger, die zunächst in den USA und dann auch in Europa dem „Muff von 1000 Jahren unter den Talaren“ der Ordinariatenuniversitäten den Kampf ansagten.

An den Universitäten stand in der Folge insbesondere der so genannte „Kanon“ im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen, eine Richtschnur traditioneller amerikanischer Bildungspolitik; für die Vorläufer der PC aber eine Liste verhasster „toter Europäer“, die der multikulturellen Wirklichkeit der amerikanischen Gesellschaft nicht mehr gerecht würden. Ebenfalls nicht mehr gerecht erschien den Reformern deshalb auch die Zusammensetzung der Studierendenschaft an den Universitäten, weshalb sie – teilweise erfolgreich – ein Quotensystem an Stelle des bis dahin geltenden Zulassungstests SAT (*Scholastic Aptitude Test*) forderten. Weiße und asiatische Studierende hätten durch den Test am ehesten den Sprung an die Universitäten geschafft, weiß Schenz (1994: 31f.) zu berichten. Weil diese die Studierendenschaft dominierten, dies aber keinesfalls ein Abbild der amerikanischen Gesellschaft war, sollte ein Quotensystem dafür sorgen, dass die in den USA vertretenen Ethnien ihrem Bevölkerungsanteil entsprechend auch an den Universitäten vertreten seien.

Der Begriff der Political Correctness tauchte laut Arne Hoffmann (1996: 11) allerdings erst Ende der 1980er Jahre, auf als expliziter „Versuch, mittels einer bindenden Kodifizierung bestimmter Sprachmuster einen Schutz vor zumindest sprachlicher Diskriminierung und Kränkungen von Minderheiten zu errichten“. Insbesondere eine Veränderung des Kanons dürfte diesem Anliegen entsprechen. Mehr noch: Über die Veränderung von Sprache sollte das Bewusstsein in der Gesellschaft derart geändert werden, dass diese Diskriminierung auch aus den Köpfen der Menschen verschwände. Das entsprach der von Robert Hughes (1994: 141) polemisch dargestellten Annahme: „Studiere mit 19 den ‚Staat‘ oder ‚Phaidon‘, und du wirst ein bestimmter Typ Mensch werden; beschäftige dich mit ‚Jane Eyre‘, ‚Mrs. Dalloway‘ oder den Gedichten von Aphra Behn, und du wirst ein anderer.“

2.2 Political Correctness in Deutschland

Der Begriff der Political Correctness wird in Deutschland oft sehr ungenau verwendet. Neben dem klassischen Anliegen, durch Sprachregelung Diskriminierungen zu vermeiden, hat sich PC auch ein sehr viel älteres, spezifisch (bundes-)deutsches Phänomen einverleibt, nämlich die „Historische Korrektheit“, der „richtige“ Umgang mit der deutschen Vergangenheit im Dritten Reich.

Als einen Zeitpunkt, an dem die Political Correctness Einzug in den deutschen Sprachgebrauch gefunden hat, verorten Autoren unterschiedlicher politischer Gesinnung in erstaunlicher Übereinstimmung das Jahr 1989. Den Journalisten Michael Behrens und Robert von Rimscha (1995: 34f.) zufolge entstand in einer Zeit, in der mit dem Zusammenbruch des Sozialismus in Osteuropa die Linke ihre Utopie und die Rechte ihr Feindbild verloren habe, die politische Korrektheit als „Designer-Ideologie der 90er Jahre“, die ihren „Beitrag zu einer neuen Gesellschaft leisten“ sollte, „die sich nicht länger auf gewachsene Grundlagen, sondern auf den Zeitgeist beruft“.

Die beiden konservativen Autoren stimmen hier mit dem Chefredakteur des dezidiert linken Magazins *Konkret*, Hermann L. Gremliza, überein, der der Bundesrepublik unterstellt, bis 1989 wohlbehütet unterm „Kuratel der Siegermächte“ gelebt zu haben, dass aber nach dem Mauerfall „die Zeit des Schwätzens vorbei“ gewesen sei. Auf der Suche nach neuen Werten für die neue Weltordnung könnte der von Henryk M. Broder (1995a: 36) attestierte deutsche „Hang zum moralischen Größenwahn“ potenziert worden sein, der aus dem „tiefen Unbehagen, vom Schicksal wider Erwarten verschont worden zu sein“ resultiere, wie Broder glaubt. Der *Spiegel*-Essayist karikiert die Deutschen als ewig hinterfragende Zweifler: „Dürfen wir uns gute Laune leisten, während Millionen in der Dritten Welt hungern? Tragen wir zur Vernichtung des Regenwaldes in Argentinien oder zur Ausrottung der Indianer in Brasilien bei, wenn wir uns einen Hamburger bei McDonald's kaufen?“ In diesem Sinne argumentiert auch Reinhard Mohr (2001: 209) im Nachwort zu Broders Polemik über die Reaktion der Deutschen auf die Terroranschläge des 11. Septembers 2001, in der er das „von Selbstverachtung geprägte Verhältnis des Westens zu seiner eigenen Kultur – die seltsame Geringschätzung seiner Werte und Errungenschaften seiner Freiheiten und seiner Identität“ herausstellt.

Diese Eigenschaften kämen der PC natürlich sehr entgegen. Das Phänomen aus Amerika dürfte, teilt man Broders und Mohrs Sicht der deutschen Mentalität – zu seiner Ausbreitung sehr geeignete Strukturen vorgefunden haben. Jedoch wird die PC in Deutschland, glaubt man Hoffmann (1996: 14ff.), „wesentlich weniger restriktiv gehandhabt“. So gebe es in Deutschland keine festgelegten Sprachcodices. Gleichwohl gelten auch hier zu Lande Begriffe, die „dem Rassismus Vorschub leisteten“, als unkorrekt, ebenso wie z.B. der Begriff des „Asylanten“. Hier lässt sich nach PC-Lesart semantisch eine negative Assoziation mit Begriffen wie Denunziant, Querulant oder Spekulant herstellen. Die Debatte über „Zigeuner“ lässt sich sehr gut mit der über den Begriff der „Indianer“ in den USA vergleichen. In Deutschland gilt es, der Gruppe von Sinti und Roma gerecht zu werden, deren Kulturen

differenziert betrachtet werden sollen, in den USA möchte man die von einem toten weißen Mann irrtümlich in die Welt gesetzte Zuschreibung der amerikanischen Ureinwohner als Einwohner Indiens durch ein politisch korrektes „native Americans“ ersetzen.

Doch so einfach sind die Zuschreibungen nicht. Der Begriff der Political Correctness wurde in Deutschland in vielen Diskussionen verwandt, in denen er kaum mehr eindeutige Anwendung fand. Als Beispiel sei die Debatte um den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erwähnt, der schon drei Jahre vor der Walser-Bubis-Debatte um die „Moralkeule Auschwitz“ und den „Schlussstrich“ für Aufsehen sorgte, nämlich als er an die inzwischen verstorbene Orientalistin Annemarie Schimmel verliehen wurde.

Im Vorfeld der Friedenspreis-Verleihung hatte Schimmel sich zum Todesurteil des Islam gegen den britischen Autoren der *Satanische Verse*, Salman Rushdie, geäußert und erklärt, Rushdie habe „auf eine sehr üble Art die Gefühle gläubiger Moslems verletzt“. Sogleich warf man ihr vor, damit die *Fatwa*, also das Todesurteil gerechtfertigt zu haben. Behrens und von Rimscha (1996: 137) wittern hinter denen, die diesen Vorwurf erheben, die politisch Korrekten. Gleichwohl wundern auch sie sich darüber, da Schimmels „Verständnis für die religiösen Dimension der islamischen Gesellschaft“ doch „eigentlich für jeden Multikulti-Apologeten und Moschee-Befürworter eine hocheureiliche Tatsache“ sein müsse. Henry M. Broder (1995: 34) dagegen attestiert denjenigen, die Schimmel in Schutz nahmen, politisch korrekt zu sein, denn: „Hinter der Fassade aus multikultureller Toleranz lauern Sympathien fürs Archaische. Der gut erzogene Mitteleuropäer, der seinen Kindern keine ‚Negerküsse‘ kauft, der außer sich gerät, wenn eine Ölplattform auf hoher See entsorgt werden soll und der genau weiß, welche Vogelart in Kalabrien vom Aussterben bedroht ist: Er findet an der Todesstrafe nichts auszusetzen, wenn sie in einem bestimmten ‚kulturellen Kontext‘ vollzogen wird. (...) Und nichts kränkt uns mehr als der Vorwurf, ‚wir‘ würden anderen ‚unsere‘ Werte vorschreiben.“ Zwei völlig verschiedene Meinungen mit einem Adressaten: Die Political Correctness. Die Trennlinie verwischt.

Deutlicher ist sie dort zu erkennen, wo es um die deutsche Vergangenheit geht. Was in den Nachkriegsjahren tot geschwiegen wurde, was die Achtundsechziger ausgruben und radikal gegen ihre Eltern (aber auch gegen den angeblichen Imperialismus Amerikas und Israels) richteten, und was Mitte der 1980er Jahre im „Historikerstreit“ zu einer lang anhaltenden Diskussion über die Einordnung des Dritten Reiches in die deutsche Geschichte führte, kreist immer um das „Nie wieder Faschismus“, das auf unterschiedlichsten Ebenen propagiert und ritualisiert wurde. Der Umgang damit war nicht ungefährlich, wie auch der ehemalige

Bundestagspräsident Philipp Jenninger (CDU) erleben musste, als er in einer Rede zum 50. Jahrestag der Prognomnacht von 1938 die als nötig empfundene Distanz zu damaligen Denkweisen in Deutschland vermissen ließ und zurücktreten musste. Es gibt weitere Beispiele dafür, dass insbesondere Politiker nicht den geforderten Ton treffen, was so prominenten Politikern wie der ehemaligen Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin, die US-Präsident George W. Bush und Adolf Hitler plump in Verbindung gebracht hatte, noch im vergangenen Jahr das Amt kostete. Allerdings sind es nicht immer nur Ausrutscher, die dazu führen, dass jemand die Geschichte an ihrem wundesten Punkt berührt. Auf die Frage, inwieweit bewusst gegen die Gebote der PC verstoßen wird und welches Ziel derjenige, der dies tut, verfolgt, wird in Abschnitt 3.3 eingegangen. Zuvor jedoch soll die Frage danach im Vordergrund stehen, warum im Zusammenhang mit der PC-Debatte immer wieder die Frage nach der Identität gestellt wird.

3. Die gesellschaftliche Bedeutung der Political Correctness

3.1 Identität

Den Versuch Ernst Noltes und seiner Mitstreiter im „Historikerstreit“, eine geschichtliche Einordnung des Dritten Reiches vorzunehmen, bezeichnete Jürgen Habermas (1987: 68) damals als „Wiederbelebung einer in Nationalbewusstsein naturwüchsig verankerten Identität“. Henryk M. Broder (2002: 27) behauptet gar, die Deutschen hätten ihre „Identitätsfindung“ schon immer „auf dem Rücken der Juden ausgetragen“. Konservative Amerikaner träumen im Angesicht der multikulturellen Gesellschaft von einer einheitlichen Identität, hingegen sieht Robert Hughes (1994: 25ff.) diese gerade in der Vielfältigkeit der Kultur. Auch die Linke möchte auf eine Identität, sogar eine nationale, nicht verzichten, zumindest nach Rudi Dutschke, der Klaus Bittermann (2000: 108) zufolge die Amerikaner für den „Auflösungsprozess der geschichtlichen und nationalen Identität Deutschlands“ verantwortlich machte. Bittermann verweist zudem auf Ulrike Meinhof, die 1971 eine „politische Identität“ einforderte und damit einer „Unsinnsvokabel“ den Weg bereitet habe: „War man früher bloß schwul, hatte man jetzt plötzlich eine schwule Identität.“

Offenbar ist dies nur ein Ausdruck des Phänomens, dass Begriffe der Sozialwissenschaften seit den 1960er Jahren Einzug in die Alltagssprache gehalten haben, wie Armin Nassehi (2003) erklärt und feststellt, zu den „prominenten Begriffen sozialwissenschaftlicher Herkunft in der Alltagssprache gehört auch der Begriff Identität“. Identität ist aber zuvorderst ein sozialwissenschaftlicher Begriff. „Kulturelle Identität“ ist dem *Lexikon zur Soziologie* (Fuchs-Heinritz u.a. 1995: 287) zufolge die „kollektive Identität von Kulturen, Gesellschaften und deren Untereinheiten. Identitätsstiftend wirken u.a. Religion, Sprache, Dialekt und Geschlechtszugehörigkeit. Bei der in modernen Gesellschaften gegebenen Pluralität von Kulturen verschafft die kollektive Identität Gruppierungen in der ‚Peripherie‘ (Subkulturen, soziale Bewegungen, Ausländer) ein Selbstbehauptungspotenzial gegenüber nivellierenden Tendenzen des ‚Zentrums‘.“

Diese Definition könnte auch auf PC passen, ersetzte man im letzten Satz „kollektive Identität“ durch politische Korrektheit, geht es ihr doch darum, Minderheiten in Schutz zu nehmen und diesen eine stabile Identität zu verschaffen. Wenn Lothar Krappmann (1971:

7ff.) betont, dass wir zur Bestimmung unserer Identität „die Zustimmung unserer Handlungs- und Gesprächspartner“ benötigen, deren „Vorstellungen über uns (...) wir nicht unberücksichtigt lassen können“, verdeutlicht das, dass eine Identität auch von anderen mitgetragen werden muss, damit sie Bestand hat. Die Identität, so Krappmann, sei kein starres Selbstbild, sondern stelle immer wieder neue Verknüpfungen zwischen früheren Interaktionspartnern und der aktuellen Situation dar. Diesen Verknüpfungen entnehme das Individuum Modellen, die ihm von der Gesellschaft angeboten werden.

Die Wechselseitigkeit der Identitätsbildung macht auch George Herbert Mead (1969: 72ff.) deutlich. Die Identität gründe in der Fähigkeit des Menschen, „die Haltung der eigenen Gruppe zu verinnerlichen, weil es den Standpunkt des Kollektivs, dem es angehört, gegen sich selbst geltend zu machen und die Verantwortlichkeiten, die diesem gebühren, auf seine eigenen Schultern zu laden vermag, weil es imstande ist, zu erkennen, welche Pflichten es anderen gegenüber hat – und das ist eben, wodurch sich das Ich als solches konstituiert“. Deshalb besteht das Individuum in der Meadschen Konzeption aus dem Ich („I“) als spontanes Individuum und dem Mich („Me“) als die verallgemeinerten Haltungen der Gesellschaft.

„Menschen werden nicht lebensfähig ohne den Aufbau eines Selbstwertgefühls und Identitätsbewusstseins“, erklärt Alfred Bellebaum (1991: 61). Weil dieses aber, wie Krappmann und Mead es dargestellt haben, nicht ohne die Anderen in der Gesellschaft gebildet werden könne, sei deren Haltung für die Identität (lebens-)wichtig. Allerdings gilt es, den Begriff der Identität im Hinblick auf PC aus sehr verschiedenen Perspektiven zu betrachten.

Auf der einen Seite scheint es so, als müsse Identität *gegen* die PC-Bewegung verteidigt werden. Versuche, die deutsche Vergangenheit so einzuordnen, dass nationale Identität wieder unverkrampft vertreten werden kann, sind einer unaufhörlichen Brandung der immer neu heranwühlenden Mahnungen geschuldet. Diese hat Martin Walser anlässlich seiner Rede zur Verleihung des Friedenspreises die „unaufhörliche Präsentation der Schande“ beklagen lassen und im Verein mit Bundeskanzler Gerhard Schröder zum Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai 1945 auf das Podium getrieben, wo Schröder wiederum verkündete: „Wir wollen uns nicht nur vergewissern, wer wir sind, woher wir kommen und wohin wir gehen – sondern auch, mit wem wir gehen, wohin wir gehören“ (zitiert nach Christian Y. Schmidt 2002: 26). Dieses Bedürfnis nach nationaler Identität aber gilt nach PC-Maßstäben als höchst problematisch, weil jedes Wort, das sich mit „national“ verbindet, dem „Nie wieder

Faschismus“ entgegengesetzt zu sein scheint. Auch in den USA kämpfen die Gegner der politisch Korrekten um ihre Identität: Robert Hughes (1995: 196) verweist auf die „patriotische Korrektheit“ als konservative Gegenbewegung der PC, die Rechte, die den „American way of life“ und die „family values“ gegen „subversive Lehren, Plädoyers für Homosexualität und Multikulturalismus“ setzen.

Auf der anderen Seite aber ist zu beobachten, dass die PC-Bewegung sich *für* Identitäten einsetzt, und zwar für die der „gesellschaftlichen Peripherie“. Die Randlagen der Gesellschaft werden bevölkert durch die gesellschaftlichen Minderheiten, und die Political Correctness dient dazu, deren oft negativ besetzten Zuschreibungen umzudeuten. PC ist, laut Hughes (1994: 31), „die Anerkennung, Lobpreisung und, wo nötig, auch Produktion von Opfern, deren einzige Gemeinsamkeit die Tatsache ist, dass die Natur ihnen Parität mit jener Blonden Bestie der sentimentalen Imagination versagt hat, dem heterosexuellen, weißen Mann“. „Opferidentitäten“ umzudeuten in positive Identitäten, das soll die Folge einer Veränderung des Bewusstseins im Sinne der PC sein.

Erving Goffman (1996: 11ff.) hat ausführlich beschrieben, wie diskreditierbar ein Individuum ist, das stigmatisiert ist. Die Stigmata können sehr unterschiedlich sein, z.B.

„Abscheulichkeiten des Körpers“, „Geistesverwirrung, Gefängnishaft, Sucht, Alkoholismus, Homosexualität, Arbeitslosigkeit“, „phylogenetische Stigmata von Rasse, Nation und Religion“. Goffman beschreibt den alltäglichen Kampf dieser Stigmatisierten mit den „Normalen“, deren Toleranz „so verschwindend gering ist“, dass das Stigma „hinter Würde und Selbstachtung“ verborgen werden muss, nur um „die Akzeptierungsbereitschaft der Normalen“ nicht zu überfordern – eine Verhaltensweise, die der Identitätsbildung abträglich ist. Deshalb spricht Goffman auch von „beschädigten Identitäten“, eine „Spaltung zwischen Ich-Ideal und Ich“.

Es geht Goffman (1996: 150ff.) nicht um das richtige Verhalten derjenigen, die dem Stigmatisierten gegenüber treten, sondern um „Stigma-Management“ durch den Stigmatisierten selbst. Er empfiehlt diesem, sich entsprechend einer „guten Anpassung (...) heiter und unbefangen als den Normalen wesentlich gleich“ zu geben und zugleich „jene Situationen“ zu vermeiden, „in denen es Normale schwierig finden würden“, ihre „Schein-Akzeptanz“ aufrechtzuerhalten. Das bedeute, „dass die Unfairness und die Pein, ein Stigma tragen zu müssen, ihnen niemals vorgehalten werden wird; es bedeutet, dass Normale sich nicht werden eingestehen müssen, wie begrenzt ihr Takt und ihre Toleranz sind; und es

bedeutet, dass Normale relativ unberührt bleiben können von intimen Kontakt mit den Stigmatisierten, relativ unbedroht in ihrem Identitätsglauben“.

Hochinteressant ist, dass es hier also darum geht, den Identitätsglauben der „Normalen“ nicht zu bedrohen. Goffmans Theorien sind fast 30 Jahre alt, „die Mehrheit bestimmt, was „gewöhnlich und natürlich“ ist, vertritt Goffman (10) mit Überzeugung. Jeder politisch Korrekte würde sich hier bestätigt sehen in seinem Kampf, sowohl in dessen Notwendigkeit als auch im Hinblick auf seinen Erfolg. Denn mit Hilfe von PC „soll Minoritäten ein höherer Status verschafft werden“ (Schenz 1994: 26). Das „Stigma-Management sollte überflüssig werden. Ein Blick auf die traditionelle Schwulen-Parade am Kölner „Christopher Street Day“ könnte den Verdacht nahe legen, dass dies zumindest teilweise, zumindest für einige Gruppen gelungen ist. Homosexualität gilt vielerorts als völlig „normal“, „schwule Identität“ ist häufig schon eine Selbstverständlichkeit. Ob das eine Folge von PC ist, ist kaum nachweisbar, allein jedoch die von Armin Nassehi beschriebene Tatsache, dass Begriffe der Sozialwissenschaften – so auch der der Identität – in den alltäglichen Sprachgebrauch übergegangen sind, verdeutlicht ein gewachsenes Reflexionsniveau.

Eine Identität bewusst zu vertreten, auch, wenn sie die einer Minderheit ist, dürfte ein Produkt dieser allgemeinen Entwicklung seit den 1960er Jahren sein, so wie es die PC ist. So sehr jedoch die Identität aus individuellen Erfahrungen gespeist ist, so prägend ist aber auch das Umfeld, wie Mead es im Begriff des „Me“ verdeutlicht hat. Die Erwartungen anderer manifestieren sich dabei auch in sozialen Normen. Wodurch sich diese auszeichnen und welche Parallelen die PC hier aufweist, soll im folgenden Abschnitt dargestellt werden.

3.2 PC als soziale Norm

In der Einleitung wurde bereits vermutet, dass die Political Correctness eine tiefere gesellschaftliche Relevanz haben müsste, die ihr zu dem Einfluss verhilft, den ihr gerade ihre Gegner attestieren. Ist PC möglicherweise nur eine spezifisch ausgeprägte Form der sozialen Kontrolle, der Versuch, in einer differenzierten Gesellschaft zumindest sprachliche Regeln aufzustellen für Fragen, die dem Einzelnen zu abstrakt erscheinen?

Norbert Elias (1998: 198ff.) beschreibt in seinen Ausführungen *Über den Prozess der Zivilisation* ausführlich, wie das Zusammenleben der Menschen „bei Hofe“ dazu geführt

habe, dass sie zunehmend einer gegenseitigen sozialen Kontrolle ausgesetzt wurden. Neben der Beachtung von Rangunterschieden war die Einhaltung einer bestimmten höfischen Ess- und Körperkultur gefordert. Bei Hofe galt eine bestimmte Etikette – Verhaltensregeln als Forderungen, die vielen zunächst als unverständlicher äußerer Zwang erschienen. Doch sowohl gesellschaftlich während der Entwicklung der abendländischen Zivilisation als auch individuell im Verlaufe der Sozialisation wirken diese Zwänge mehr und mehr auf den Einzelnen ein und schließlich aus dem Einzelnen selbst heraus – in Form von Scham, Peinlichkeit und Gewissensbissen. Die äußeren Zwänge werden internalisiert. Was aber sind diese Zwänge anderes als soziale Normen?

„Soziale Normen sind *Standards* für bestimmtes Handeln. In ihnen sind *Soll*-Aussagen formuliert, von denen als *Anspruch* erwartet wird, dass sie *erfolgsunabhängig* und *unbedingt* befolgt werden.“ (Esser 2000: 51ff., Hervorhebungen im Original). Soziale Normen sind Standards insofern, als ihre Forderungen allgemein bekannt sind, sie formulieren ein Soll, das Maßstab des Handelns ist. Sie arbeiten nicht mit positiven Sanktionen, also mit einem „Glücksversprechen“, sondern mit negativen Sanktionen, sozusagen Drohungen. Die Normen definieren, so Esser, „Fokalhandlungen“, die mit diesen Sanktionen verbunden sind. Die Rigidität der Sanktionen ist sehr unterschiedlich und hängt von den „Fokalhandlungen“ ab: Das „Rechtsfahrgebot“ ist nicht so eindeutig und scharf sanktioniert wie das *Verbot* des Tötens. Alfred Bellebaum (1991: 41ff.) unterscheidet hier im Anschluss an Ralf Dahrendorf zwischen dem „Grad der Ausdrücklichkeit“ (Kann-, Soll- und Muss-Vorschriften) sowie der „Geltung sozialer Normen“, darüber hinaus auch den „Grad des Bewusstseins“ (Brauch / Sitte / Recht und Gesetz). Letzter hängt nicht zuletzt mit den beiden vorgenannten Bedingungen zusammen. Je ausdrücklicher also die Normen sind, je mehr Geltung ihnen in der Gesellschaft verschafft wird, desto mehr dürften sie ins Bewusstsein des Einzelnen rücken.

Gleichwohl auch dies eine Frage der Perspektive ist und die Übergänge zwischen Kann-, Soll- und Muss-Vorschriften fließend sind. Grundsätzlich ist die Ausdrücklichkeit von sozialen Normen in Abstufungen vom strafrechtlichen Tatbestand des Diebstahls als Muss-Vorschrift und Recht und Gesetz bis hin zur Kann-Vorschrift, einem Brauch oder einer Sitte, einer älteren Dame im Bus seinen Platz anzubieten, denkbar.

Die Gemeinsamkeit von Brauch und Sitte erklärt Max Weber (1984: 53) mit der „Regelmäßigkeit“ bestimmter, von den Handelnden mit einem gleichen Sinn verbundenen Handlungen. Ihr Unterschied besteht darin, dass beim Brauch entsprechenden Handlungen „die Chance ihres Bestehens innerhalb eines Kreises von Menschen lediglich durch

tatsächliche Übung gegeben ist“, bei der Sitte jedoch „die tatsächliche Übung auf langer Eingelebtheit beruht“. Der älteren Dame seinen Platz anzubieten dürfte „auf langer Eingelebtheit“ des Respekts vor dem Alter beruhen. Ein Brauch wäre nach Webers Definition ein Ritual innerhalb einer Gemeinschaft, z.B. einer Familie, in der der oder die Älteste das Recht hat, auf dem Hornstuhl am Kopfende des Tisches zu sitzen. Weber nimmt noch genauere Spezifizierung der Sitte vor, indem sie „als ‚bedingt durch eine Interessenlage‘ (‚interessenbedingt‘)“ gilt, „wenn und soweit die Chance ihres empirischen Bestandes lediglich durch zweckrationale Orientierung des Handelns der Einzelnen an gleichartigen Erwartungen bedingt ist“. Wer sich an eine solche zweckrational auf gegenseitige Interessen ausgerichtete Sitte nicht hält, dürfte „kleine und große Unbequemlichkeiten und Unzuträglichkeiten“ als Sanktionen erleben. Als Beispiel dient Weber die Rationalität auf dem freien Markt, wo Geschäftspartner ihr Handeln wechselseitig darauf ausrichten, dass das Gegenüber nach den gleichen Regeln, der Sitte handelt. Wer sich nicht daran hält, wird zwar nicht durch Recht und Gesetz bestraft, wohl aber dadurch, dass er zu einem zweifelhaften Partner wird, der ggf. ganz abgelehnt wird.

Diejenigen, an die sich normative Erwartungen richten, nennt Esser (2000: 54) „Adressaten“, diejenigen, die von den daraus resultierenden „Fokalhandlungen“ profitieren, „Benifiziare“. Außerdem, so erklärt Esser, müssen Normen „gesetzt“ werden, wofür einzelne Akteure als auch Organisationen und Institutionen als „Normsetzer“ zuständig sein können. „Normsender“ sind jene, die durch ihr Handeln ihre Unterstützung für bestimmte Normen zum Ausdruck bringen. Wer sogar „durch eigens darauf abzielende Aktivitäten der sozialen Kontrolle“ für die Einhaltung der Normen sorgt, ist ein „Normhüter“.

Dies alles sind nicht etwa Instrumente eines diktatorischen Regimes, das seine Bürger unter der Knute hält, sondern Mechanismen jeder Gesellschaft – wobei ihre Art und Ausprägung selbstverständlich mit der Offenheit oder Geschlossenheit der Gesellschaft variiert. Aber selbst die denkbar toleranteste Gemeinschaft wird nicht darauf verzichten können, denn „Normen geben den Akteuren ‚vorbildliche‘ Modelle an die Hand, wie sie jetzt ihre Situation und einander sehen sollen und welches Handeln, Denken und Fühlen jetzt das richtige und sinnvolle Tun ist. Sie sind der Kern des – wie Max Weber sagt – seinem Sinngehalt nach aufeinander eingestellten und dadurch orientierten Sichverhaltens mehrerer. Normen strukturieren damit die Situation des gegenseitigen Handelns mit einer typischen Orientierung (...). Kurz: Normen konstituieren damit soziale Beziehungen der wechselseitigen Orientierung“ (Esser 2000: 54).

Als „Typen sozialen Handelns“, so Max Weber (1984: 51), vereinfachen soziale Normen somit die menschliche Interaktion. Als „Drehbücher des Alltags“ (Esser 2000: 54) stabilisieren sie Erwartungen und sind damit für das Funktionieren von Gesellschaft unentbehrlich. Sie verhindern letztlich den Kampf aller gegen alle, den Leviathan und Demokratie allein nicht verhindern würden.

Betrachten wir PC nun als soziale Norm, so finden wir Parallelen und Abweichungen. Obige Definition der sozialen Norm ließe sich, leicht variiert, in eine Definition der Political Correctness umwandeln: „Die Political Correctness setzt *Standards* für bestimmtes Handeln. In ihnen sind *Soll*-Aussagen formuliert, von denen als *Anspruch* erwartet wird, dass sie *erfolgsunabhängig* befolgt werden.“

Subsumieren wir kommunikatives Handeln unter dem Begriff des Handelns und entfernen wir das „unbedingt“ aus der Definition, so scheint die Beschreibung genau zu passen. Das „unbedingt“ würden einige PC-Gegner, die die Macht der PC-Zensur beklagen, möglicherweise sogar stehen lassen. Damit ist bereits die zweite und noch zentralere Frage, nämlich die nach der Rigidität der PC gestellt. Der „Grad der Ausdrücklichkeit“ und der „Grad des Bewusstseins“ ist umstritten.

Ein Beispiel aus dem vergangenen Jahr, als der jüngst ums Leben gekommene Jürgen W. Möllemann sich im Bundestagswahlkampf mit Kritik an der Politik Israels und am Einfluss des stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, Michel Friedman, zu profilieren suchte, soll hier zur Illustration dienen. Möllemann hatte im Frühjahr 2002 zunächst Verständnis für die palästinensischen Selbstmordattentäter im israelischen Kernland geäußert. Der daraufhin einsetzenden Kritik, auch von Seiten Michel Friedmans, begegnete der langjährige FDP-Spitzenpolitiker mit der Klage, Israel-kritische Äußerungen würden immer mit dem Vorwurf des Antisemitismus unterdrückt. Der israelische Premier und Friedman trügen, so Möllemann, allerdings durch ihr Verhalten selbst zu einem Anwachsen des Antisemitismus bei. Vielerorts sah man darin das uralte antijüdische Ressentiment wieder belebt, die Juden seien am Antisemitismus selbst schuld.

Über die Frage, ob Möllemann mit seinen Äußerungen nun gegen Brauch oder Sitte oder aber gegen Recht und Gesetz verstoßen habe, gibt es immerhin eine juristische Antwort: Eine Anzeige wegen Volksverhetzung, die die damalige Vorsitzende der Bündnisgrünen, Claudia Roth, gegen Möllemann gestellt hatte, wurde von der Staatsanwaltschaft auf Grund eines „nicht zureichenden Tatverdachts“ nicht weiter verfolgt. Christoph Schlingensiefel dagegen musste sich mit der Staatsanwaltschaft auseinandersetzen, weil er in einer gegen Möllemann

gerichteten „Performance“ u.a. eine israelische Fahne verbrannte, um die Provokationen des Politikers zu überspitzen. Das Verbrennen der Flagge mit dem Davidstern führte bei der Staatsanwaltschaft zu dem Verdacht, dass diese Aktion Straftatbestände erfülle. Das Verfahren wurde jedoch ebenfalls eingestellt. In Essers Worten: *Adressaten* waren in diesem Beispiel Jürgen W. Möllemann und Christoph Schlingensiefel, *Normhüter* die Staatsanwaltschaft, *Normsender* Claudia Roth und *Normsetzer* Michel Friedman, der als Vertreter einer Minderheit gleichzeitig *Benifiziär* ist. Nur kurz nach dem Tod seines Kontrahenten Möllemann geriet Friedman jedoch wegen angeblicher moralischer wie juristischer Verfehlungen selbst in die Rolle des Adressaten, an den normative Erwartungen gerichtet wurden – so z.B. die, auf Grund seiner Normverletzungen seine Ämter und TV-Sendungen einzustellen. Auch im Falle Friedmans verwischen jedoch angenommene Straftatbestände wie Drogenbesitz und moralische Vorwürfe wie der Vorwurf, sich der Dienstleistungen osteuropäischer Prostituiertes bedient zu haben.

Politisch nicht korrektes Verhalten reicht jedenfalls meist nicht an Straftatbestände heran, demnach handelt es sich auch nicht um eine Muss-Norm. Bezeichnenderweise ist in Deutschland die Straftat der Volksverhetzung sehr viel leichter erfüllt als in den USA, wo „nicht jede vage Aufforderung zum Gebrauch von Gewalt“ bestraft werde, „sondern nur solche Äußerungen, die konkret geeignet sind, den öffentlichen Frieden zu stören“, so der Jurist Horst Meier (2001). Umgekehrt hat es in Deutschland bislang keine „Disziplinarkommissionen“ gegeben wie an der University of Michigan, vor der ein Student, der Homosexualität als Krankheit bezeichnete, sich hatte verantworten müssen (vgl. Schenz 1994: 36). Ob sich daraus die Annahme ableiten lässt, ein Weniger an Recht und Gesetz erzeuge ein Mehr an PC, bleibt allerdings zweifelhaft.

Wo aber ist die politische Korrektheit einzuordnen? Die praktisch zur Staatsräson gewordene freundschaftliche Einstellung gegenüber Israel dürfte als Sitte gewertet werden, da ein Abweichen nicht rechtlich sanktioniert werden kann. Gleichwohl ist diese Sitte im Sinne Webers insofern „zweckrational“, als die demonstrative Verbundenheit des Nachfolgestaates des Dritten Reiches gegenüber dem Judenstaat die Läuterung der Deutschen verdeutlichen soll. Ein Verstoß gegen diesen politischen *common sense* kann durchaus geahndet werden: Möllemann wurde zunehmend isoliert, auch in der eigenen Partei. Das Abweichen wird wiederum spürbar durch soziale Kontrolle, durch „Isolationsdrohungen, die auszuüben die Gesellschaft in Gesten und sprachlichen Mitteln hat: Auslachen, kalte Schulter zeigen, den Blick weg wenden oder umgekehrt – Anstarren, nicht grüßen“, wie Elisabeth Noelle-Neumann (1996: 115) den Druck der Öffentlichkeit beschreibt. Eine am 10. Juni 2003, vier

Tage nach dem Tode Möllemanns, in den Regionalzeitungen *Westfälische Nachrichten* und *Münstersche Nachrichten* geschaltete Todesanzeige seiner Familie wird die Unterstellung nahe gelegt, eben dieser Druck habe den Menschen Jürgen W. Möllemann und sein Lebenswerk „zerstört“. Daraus abzuleiten, der soziale Druck der Political Correctness habe hier sein Werk getan, wäre allerdings vermessen, zumal das Zusammenspiel zwischen moralischen und juristischen Vorwürfen auch im Falle Möllemanns nicht auseinander zu halten ist.

Die von PC vertretenen Normen sind eben keine *Rechtsnormen*, sondern *soziale Normen*, auch wenn Rechtsnormen letztlich gesellschaftlich konstruierte Regeln sind, jedoch als solche juristisch fixiert. Die bundesrepublikanische Sitte, im Verhältnis mit Juden besonders sensibel zu sein, basiert auf der gesellschaftlichen Übereinkunft, sich der Vergangenheit zu stellen, indem man der damals verfolgten Gruppe heute besondere Rücksicht entgegenbringt. Deshalb war der Druck auf Möllemann tatsächlich stark. Bezeichnend ist allerdings, dass erst Verstöße gegen das Parteispendengesetz, eine klare Muss-Norm mit der Kraft von Recht und Gesetz, Möllemanns politisches Aus besiegelten. Sein Tod fiel zusammen mit dem Beginn der strafrechtlichen Ermittlungen gegen ihn.

Mit einem starken Beharrungsvermögen lassen sich die Sanktionen, die einem Verstoß gegen Kann- oder Soll-Normen folgen, aushalten – Möllemann klammerte sich ein Zeit lang erfolgreich an seine politischen Ämter. Verstöße gegen Muss-Normen dagegen dürften mit diesen Tugenden nicht dauerhaft ignoriert werden – nach dem Parteispendenskandal verlor Möllemann alle seine Ämter und Mitgliedschaften in der FDP und geriet in die von Noelle-Neumann beschriebene Isolation. Erst die juristischen Ermittlungen besiegelten die Perspektivlosigkeit, während die Provokationen im Wahlkampf und die daraus resultierende Empörung vielmehr noch seinen Perspektiven hatten dienen sollen.

3.3 Soziale Norm als Tabu

Gegen Kann- oder Soll-Normen kann gezielt verstoßen werden. Immer wieder provozieren Gesellschaftsmitglieder die Mehrheit durch abweichendes Verhalten, wobei selbst diese Provokationen meistens nach dem gleichen Schema ablaufen, so wie Jugendliche Trotzphasen nach immer den gleichen Mustern durchlaufen. Punks, Gruffies oder Hippies ignorieren

bewusst die Erwartungen der Gesellschaft, allerdings immer unter Berücksichtigung der Erwartungen ihres engeren Umfelds sowie der genauen Betrachtung dessen, wogegen sie verstoßen. Sich *entgegen* den Regeln der Gesellschaft zu verhalten, erfordert oft sehr viel mehr Aufmerksamkeit im Hinblick auf die Erwartungen der Anderen, als die Regeln zu *beachten*. Auch die gesellschaftlichen Erwartungen, die als PC betrachtet werden, werden oft ganz bewusst ignoriert. Gegen soziale Normen zu verstoßen, ist für einen solchen „Nichtkonformisten“ keine Blamage, wenn es ihm „um eine alternative moralische Basis“ (L.A. Coser 1972) geht, wie überhaupt die gesellschaftliche Wirklichkeit ein Konstrukt ist, an dem die Gesellschaftsmitglieder in einem „dialektischen Prozess“ unaufhörlich weiterarbeiten: Sie konstruieren Gesellschaft, die wiederum als objektive Wirklichkeit auf ihre Mitglieder wirkt (Berger und Luckmann 1977: 65). Der „Nichtkonformist“ ist mit seinem Normverstoß nun im Gegensatz zum „Verbrecher“, so Coser, „an maximaler Publizität interessiert“, weil es ihm darum geht, den geltenden normativen Grundriss zu verändern. Mit anderen Worten: Wer gegen Recht und Gesetz verstößt, hält dies geheim, wer gegen Brauch und Sitte verstößt, verfolgt damit möglicherweise das Ziel, in aller Öffentlichkeit eine Neubestimmung dieses Brauchs oder Sitte zu erreichen.

Möllemann ist ein solcher „Nichtkonformist“. Er desavouiert die Anliegen der PC, indem er propagiert, dass es nicht etwa Mut erfordere, sich für Minderheiten einzusetzen, sondern vielmehr mutig sei, sich dem herrschenden Gesinnungsterror der politischen Korrektheit zu widersetzen. Die gesellschaftliche Empörung wird einkalkuliert und in einer von den Massenmedien geprägten Öffentlichkeit genutzt, um sich von eben diesen Medien in den Vordergrund stellen zu lassen. Dies kann gelingen, weil Nichtkonformität für die Medien interessanter ist als Anpassung. Sich sozialen Normen zu widersetzen, wird für den Nichtkonformisten auch zu einer guten Gelegenheit, sich in Szene zu setzen und verborgen gelaubte Zustimmung zu wecken.

Im Fall Möllemann wurde dieses Verhalten als „kalkulierter Tabubruch“ bezeichnet, der gerade davon lebt, öffentlich gemacht zu werden. Ein Tabu, so lehrt uns das *Lexikon zur Soziologie*, ist ein „strenges Verbot (...) bestimmte Dinge zu berühren oder auch nur anzuschauen“, eine „allgemeine Bezeichnung für gesellschaftliche Regelungen, die mit besonders starker Strafandrohung bestimmte Handlungen verbieten“ (Fuchs-Heinritz u.a. 1995: 667). Das Tabu ist also eine besonders rigide Form der sozialen Norm. Da die oft religiös legitimierten Normen aber in einer offenen Gesellschaft tendenziell eher negativ bewertet werden, wird die Tabuisierung von Konflikten meist ebenfalls als negativ empfunden. Die oft beschworene Verbindung des Tabus mit der PC verdeutlicht somit auch,

dass PC tatsächlich eine Art von sozialer Norm ist – die allerdings tabuisierend wirkt und deshalb als belastend und der Meinungsfreiheit abträglich empfunden wird. Was eine soziale Norm ist, was ein Tabu, ist dabei oft genug eine Frage der Perspektive. Jürgen Habermas (2002) betrachtet die Vorsicht im Umgang mit Israel und Juden nicht als Tabu oder PC, sondern als „das transparente Ergebnis einer Reflexion auf das, was für die Wiederherstellung unserer Selbstachtung und eines zivilisierten Zusammenlebens unabdingbar war“. Dieses Reflexionsniveau als politisch korrekt oder als Tabu zu brandmarken, um es dann zu attackieren, suggeriere „Emanzipation“, so Habermas, und setze „bis dahin blockierte Triebregungen“ frei, die einen „Lustgewinn für den parat (hält), den wir aus der Abfuhr einer Aggression gegen den als fremd empfundenen Anderen ziehen“.

Soziale Normen als PC oder Tabu, dem „PC-Vorwurf dieser Tage“ (Habermas) zu desavouieren, erscheint somit als wirksames Mittel, den eigenen Normverstoß eine tiefere Bedeutung zu verleihen, eben eine Emanzipation von doktrinären Vorschriften und Tabus. Hier besteht allerdings die Gefahr, dass wichtige soziale Normen durch ihre Stigmatisierung als bloße Political Correctness ausgehebelt werden.

4. Fazit: Die Pflicht zur Toleranz

Die Überlegungen dienten dem Versuch, die Political Correctness auf ihre gesellschaftliche Relevanz zu untersuchen. Der Vergleich mit zwei zentralen sozialwissenschaftlichen Begriffen, der Identität und der sozialen Norm, sollte bei der Beantwortung der Frage helfen, ob PC mehr als nur eine „doktrinaire Glaubensgewissheit“, wie Karl-Heinz Bohrer (2002) sie in einer Antwort auf Habermas' Anmerkungen zum Tabu nennt, ist – ein Phänomen, das gesellschaftlich notwendige Bedingungen in besonderer Weise aufgreift und verdeutlicht.

Die Gefahren der PC sollen nicht verschwiegen werden: Sprachverbote, Unterdrückung von offenen und ehrlichen Ansichten und gar eine Beschneidung der Meinungsfreiheit sind zweifellos negative Auswirkungen. Doch PC ist längst ein Schimpfwort geworden, ein „Kampfbegriff aller Rechten“ (Dietzsch/Magerle 1996), der wiederum die Gefahr beinhaltet, dass ehrliche Anliegen des Minderheitenschutzes als PC abgetan werden. Über die Diskussion dieser Betrachtungsweisen hinaus dürfte das vorausgegangene Kapitel aber auch deutlich gemacht haben, dass die Political Correctness erstens tatsächlich „menschliche Bedürfnis(se)“ wie „Selbstwertgefühl, Identitätsbewusstsein oder Ich-Identität“ (Bellebaum 1991: 62) zu schützen sucht – und zwar auf der Seite von Minderheiten, die sich „gegenüber nivellierenden Tendenzen des ‚Zentrums‘“ (Fuchs-Heinritz u.a. 1995: 287) zu behaupten suchen und nicht länger „Stigma-Management“ betreiben wollen. Dies kann als das Ur-Anliegen der PC betrachtet werden, und ihren Auswüchsen zum Trotz unterstützt PC damit ein Anliegen mit gesellschaftlicher Relevanz.

Ebenso dürfte deutlich geworden sein, dass es einige Parallelen zwischen PC und sozialen Normen, diesen „Drehbücher(n) des Alltags“ (Esser 2000: 54), gibt. Eine Grenze zwischen reinem PC-Gehabe und notwendigen gesellschaftlichen Normen zu ziehen, ist kaum möglich. Das Problem, dass Rücksicht auf Minderheiten in einer Gemeinschaft als doktrinaire politische Korrektheit abgetan und zurückgewiesen wird, ist mindestens so akut wie die immer wieder betonte Gefahr einer Beschneidung der Meinungsfreiheit.

Die größte Gefahr liegt in der gegenseitigen Schuldzuweisung, mit der beide Seiten sich überziehen. Soziale Normen dürfen nicht verhindern, Konflikte zu thematisieren und Kritik auch an denen zu üben, die man aus Sorge um ihre „beschädigte Identität“ möglicherweise lieber in Ruhe ließe. Umgekehrt sollte soziale Normen nicht das Etikett der PC umgehängt werden, um sie auszuhebeln und das Gebot der Rücksichtnahme gegenüber Minderheiten zu ignorieren. Denn mehr als ein Etikett ist PC nicht. Es geht darum, die Anliegen zu

untersuchen, die sich dahinter verbergen, und herauszufinden, ob sie tatsächlich einem Minderheitenschutz dienen oder vielmehr der Durchsetzung bestimmter politischer Interessen und der Unterdrückung missliebiger Ansichten. Da PC tendenziell eher eine Kann- oder Soll-Norm ist, ist ihre Macht, Meinungsfreiheit zu verhindern, allerdings begrenzt.

Schließlich könnte mit Hilfe des PC-Vorwurfs auch die Sitte in Frage gestellt werden, einer älteren Dame im Bus seinen Platz anzubieten. Wer die ältere Generation über die jüngere klagen hört („Die Jugend von heute“), könnte diesen „Verfall der Sitten“ schon konstatieren. Wer den Druck solcher gesellschaftlichen Normen als gefährlich bezeichnet, vergisst, dass es letztlich nicht nur um Höflichkeit und verstaubte Tradition geht, sondern auch darum, dass derjenige, der besser auf eigenen Beinen stehen kann, demjenigen, dem dies schwerer fällt, ein wenig Unterstützung zuteil werden lassen sollte. So ist PC nicht nur eine Frage der politischen Ansichten, sondern auch der Versuch, es denjenigen, die es als Minderheit schwerer haben in der Gesellschaft, etwas einfacher zu machen.

5. Literaturverzeichnis

- Behrens, Michael; Robert von Rimscha: Politische Korrektheit in Deutschland. Eine Gefahr für die Demokratie, Bonn 1995
- Bell, Daniel: Die kulturellen Widersprüche des Kapitalismus, Frankfurt/New York 1991
- Bellebaum, Alfred: Soziologische Grundbegriffe, Stuttgart/Berlin/Köln 1994
- Berger, Peter L.; Thomas Luckmann: Die gesellschaftliche Konstruktion von Wirklichkeit, Frankfurt/M. 1977
- Bittermann, Klaus (Hrsg.): Das Wörterbuch des Gutmenschen. Betroffenheitsjargon und Gesinnungskitsch, München 2000
- Broder, Henryk M.: Ende der Schonzeit, Der Spiegel Nr. 23 v. 3.6.2002, S. 26/27
- Broder, Henryk M.: Im Chor der Gutmenschen. In: Der Spiegel Nr. 39 v. 25.9.1995, S. 34-38
- Bohrer, Karl-Heinz: Grenzen der Korrektheit. Jürgen Habermas' politische Semantik. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 8. Juni 2002
- Coser, Lewis A.: Theorie sozialer Konflikte. Neuwied 1972.
- Dietzsch, Martin; Anton Maegerle: Kampfbegriff aller Rechten: "Political Correctness", Stand: Mai 1996,
<http://www.uni-duisburg.de/DISS/Internetbibliothek/Artikel/Kampfbegriff.htm>,
Stand: 8. Juni 2002.
- Elias, Norbert: Über den Prozess der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen, Bd. I: Wandlungen des Verhaltens in den weltlichen Oberschichten des Abendlandes, Frankfurt/M. 1998
- Esser, Hartmut: Soziologie. Speziell Grundlagen. Band 5: Institutionen, Frankfurt/New York 2000
- Fuchs-Heinritz, Werner u.a.: Lexikon zur Soziologie, Opladen 1995
- Gilcher-Holtey, Ingrid: Die 68-er Bewegung. Deutschland - Westeuropa - USA, München 2001
- Goffman, Erving: Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität, Frankfurt/M. 1996
- Habermas, Jürgen: Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Geschichtsschreibung. Zuerst veröffentlicht in: Die Zeit v. 11. 7.1986. In: "Historikerstreit", a.a.O., S. 62-76
- Habermas, Jürgen: Tabuschränken. Eine semantische Anmerkung - für Marcel Reich-Ranicki aus gegebenen Anlässen. In: Süddeutsche Zeitung vom 7. Juni 2002
- Hoffmann, Arne: Political Correctness – Zwischen Sprachzensur und Minderheitenschutz, Marburg 1996
- Hughes, Robert.: Zur Dummheit erzogen. Interview mit dem Spiegel vom 30.10.1995, S. 196-204
- Hughes, Robert: Nachrichten aus dem Jammertal. Wie sich die Amerikaner in Political Correctness verstrickt haben, München 1994

Krappmann, Lothar: Soziologische Dimensionen der Identität, Stuttgart 1971

Mead, George Herbert: Sozialpsychologie, Neuwied/Berlin 1969

Mohr, Reinhard: Nachwort in: Broder: Kein Krieg, nirgends. Die Deutschen und der Terror, Berlin 2001, S. 201-215

Nassehi, Armin: Abgrenzung: Identität paradox – oder: Warum wir den Schwulen eine stabile Ich-Identität verdanken. In: Rheinische Post (Feuilleton) v. 5. Mai 2003

Noelle-Neumann, Elisabeth: Öffentliche Meinung. Die Entdeckung der Schweigespirale, Frankfurt/M. 1996

Rothschild, Thomas: Das Sichrovsky-Syndrom. In: Wilfried Steiner: Zensur oder freiwillige Selbstkontrolle - Vom Tabubruch zur politischen Korrektheit, Konkret-Texte 13, Hamburg 1997, S. 103-118

Schenz, Viola: Political Correctness. Eine Bewegung erobert Amerika, Frankfurt/M./Berlin/Bern/New York/Paris/Wien 1994

Schmid, Christian Y.: Gefühle am Mittwoch. In: Konkret Nr. 6/2002, S. 26.

Weber, Max: Soziologische Grundbegriffe. Tübingen 1984

Bisher sind in der Reihe „Duisburger Beiträge“ erschienen:

[Bitte beachten Sie: Ab No. 1/1999 sind alle Beiträge unter <http://soziologie.uni-duisburg.de/dbsf.htm> abrufbar]

- No. 1/1988 Zum Anspruch einer evolutionsbiologischen Fundierung der Moral.
Fritz Rudolph
- No. 2/1988 Moralische Institutionen und die Ordnung des Handelns in der Gesellschaft.
Die "utilitaristische" Theorietradition und die Durkheimsche Herausforderung.
Hans J. Hummell
- No. 3/1988 Selbstreferentielle Technologiepolitik. Theoretische und thematische
Grundlagen der Wirtschaftsbezogenen F & T - Politik.
Dieter Urban
- No. 4/1988 Berufseinmündung, Berufssituation und soziale Lage Duisburger Diplom-
Sozialwissenschaftler/innen. Erste Ergebnisse einer empirischen Erhebung.
Dieter W. Emmerling
- No. 5/1988 Negative Dialektik - oder: Das "andere Genus des Denkens".
Helga Gripp-Hagelstange
- No. 1/1989 Entscheidungsprozesse im Studium: Weiterstudieren oder Aufgeben?
Christoph Rülcker, Adelheid Berger, Dieter Emmerling
- No. 2/1989 Lokale Handlungsebene und Jugendarbeitslosigkeit. Ein Forschungsbeitrag zur
wohlfahrtsstaatlichen Dezentralisierungsdebatte. Ergebniszusammenfassung.
Jürgen Krüger, Manfred Pojana, Roland Richter
- No. 3/1989 Binäre LOGIT-Analyse: ein statistisches Verfahren zur Bestimmung der
Abhängigkeitsstruktur qualitativer Variablen.
Dieter Urban
- No. 4/1989 Niklas Luhmann - oder: Was ist ein "differenztheoretischer" Ansatz?
Helga Gripp-Hagelstange
- No. 5/1989 Die Rationalität irrationalen Handelns. Kollektive Formen politischer
Partizipation als Ergebnis individueller Entscheidungsprozesse. Eine
empirische Analyse.
Dieter Urban
- No. 1/1990 Adorno und Derrida - oder: Der Versuch einer "Dekonstruktion" der
Metaphysik.
Helga Gripp-Hagelstange
- No. 2/1990 "Arbeit statt Sozialhilfe" - Empirische Evaluation eines
Beschäftigungsprogramms für arbeitslose Sozialhilfeempfänger.
Thomas Bruns u. Irene Pawellek

DUISBURGER BEITRÄGE zur SOZIOLOGISCHEN FORSCHUNG

- No. 3/1990 Jugendarbeitslosigkeit und lokale Legitimationsprobleme.
Jürgen Krüger
- No. 4/1990 Zu System und Problematik legal-bürokratischer Herrschaft in der klassischen Organisationstheorie.
Wolfgang Holler
- No. 5/1990 Die kognitive Struktur von Umweltbewußtsein. Ein kausalanalytischer Modelltest.
Dieter Urban
- No. 1/1991 Zeitgemäßes Campaigning in der Bundesrepublik Deutschland: Empirische und evaluative Hinweise zum Swing-Index, einem neuen Instrument des "micro targeting".
Sigurd Matz
- No. 2/1991 Stichworte zur Zukunft des Wohlfahrtsstaates.
Jürgen Krüger.
- No. 3/1991 Kokain: Zur gesellschaftlichen Karriere einer Droge.
Thomas Schweer und Hermann Strasser.
- No. 4/1991 Der >reale Sozialismus< und sein Niedergang basieren auf dem Marx'schen >Ausbeutungs<-Irrtum. Sozialstaatlicher Volkskapitalismus statt Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln.
Dieter Holtmann.
- No. 5/1991 The Distribution of Income in Modern Japan: An Examination of the Structural Determinants of Relative Equality.
Harold R. Kerbo.
- No. 1/1992 Diplomabschlüsse im integrierten Studiengang Sozialwissenschaften an der Universität-GH-Duisburg. Eine empirische Analyse der erfolgreich absolvierten Diplomprüfungen im Zeitraum 1977 - 1990.
Holger Meinken.
- No. 2/1992 Narzißmus, soziale Einbindung und Suizid. Eine vergleichende Analyse des Suizidgeschehens in Kempten (Allgäu) und seines ländlichen Umfelds im Lichte soziologischer und psychologischer Theorie.
Heidi Hlawatschek.
- No. 3/1992 Die parlamentarische Willensbildung in portugiesischen Gemeinden.
Wolfgang Holler, Marcelino Passos
- No. 4/1992 Techniken der Attributdatenanalyse.
Uwe Engel
- No. 5/1992 Karrieremuster in der Kommunalpolitik. Eine empirische Untersuchung am Beispiel von Dinslaken und Duisburg.
Andreas Humpert

DUISBURGER BEITRÄGE zur SOZIOLOGISCHEN FORSCHUNG

- No. 1/1993 Zur relativen Bedeutung eines Klassenkonzepts bei der Erklärung von Einkommens- und Bewußtseinsunterschieden in zehn entwickelten Industriegesellschaften.
Thomas Hagelstange, Brigitte Hamm, Dieter Holtmann
- No. 2/1993 Die Selbstzuschreibung extra-funktionaler Fähigkeiten im Ingenieurstudium. Eine geschlechtervergleichende empirische Untersuchung.
Dorothee Laß
- No. 3/1993 Prozesse der Entvertikalisierung in der japanischen Gesellschaft.
Brigitte Hamm
- No. 4/1993 Sozialstrukturelle Modernisierung: Stabilisierung oder Destruierung des Wohlfahrtsstaates?
Jürgen Krüger
- No. 5/1993 Organisation und Motivation (I).
Wolfgang Holler
- No. 6/1993 Solidarität in Bewegung. Die französischen Krankenschwestern verändern ihre Perspektiven.
Ingo Bode
- No. 7/1993 Japanese Corporations in Germany: Corporate Structure and Employee Relations (A Summary Report).
Harold R. Kerbo, Elke Wittenhagen, Keiko Nakao
- No. 1/1994 Organisation und Motivation (II).
Wolfgang Holler
- No. 2/1994 Kulturelle Nebensächlichkeiten und private Geselligkeit:
Zu institutionellen Formen einer beliebten Koalition Vorüberlegungen zu einem theoretischen Orientierungsrahmen für die Deskription und Analyse privater Öffentlichkeit.
Christoph Rülcker, Günter Winter, Mitarbeit: Gerd Bloch
- No. 3/1994 Kollektives Handeln und Ambiguität. Die Regulierung atypischer Beschäftigungsverhältnisse in Frankreich und Deutschland.
Ingo Bode, Hanns-Georg Brose, Stephan Voswinkel
- No. 4/1994 Einführung in Windows 3.1; Einführung in Word für Windows 2.0.
Thomas Bruns, Günter Winter
Sonderheft 1, erhältlich im Sekretariat Soziologie zum Preise von DM 6,00
- No. 5/1994 Einführung in SPSS für Windows.
Peter Höllmer, Günter Winter
Sonderheft 2, 2. Auflage 1994
- No. 6/1994 Schnäppchenmärkte. Zu einer schattenwirtschaftlichen Besonderheit.
Christoph Rülcker; Günter Winter

DUISBURGER BEITRÄGE zur SOZIOLOGISCHEN FORSCHUNG

- No. 1/1995 Zur Distinguierung des sinnlichen Geschmacks: Von der Lust zur Krise der Gourmets.
Andrea Dederichs
- No. 2/1995 Studienfach als Differenzierungsmerkmal. Ein empirischer Beitrag zur Analyse studentischer Lebenswelten.
Josef Köster
- No. 1/1996 Arbeitslosigkeit und Sucht: Eine qualitative Studie zu Suchtkarrieren von Arbeitslosen. Forschungsgruppe Langzeitarbeitslosigkeit:
Thomas Schweer (inhaltlich verantwortlich), Hermann Strasser, Gabriele Klein, Thomas Bongartz, Klaus Gröhnke
- No. 2/1996 Soziale Netzwerke bei Langzeitarbeitslosen.
Forschungsgruppe Langzeitarbeitslosigkeit: Klaus Gröhnke (inhaltlich verantwortlich), Hermann Strasser, Thomas Bongartz, Gabriele Klein, Thomas Schweer
- No. 3/1996 Lohnemanzipation in Europa: Synoptische Beurteilung der Gleichstellung abhängig beschäftigter Männer und Frauen nach ihren Durchschnittsverdiensten in der Europäischen Union.
Wolfgang Gerß
- No. 4/1996 Am Fordismus vorbei: Bauwirtschaft und Gastgewerbe in Deutschland und Frankreich.
Stefan Lücking, Stephan Voswinkel
- No. 5/1996 Generationensolidarität oder Altenmacht - Was trägt (künftig) den Generationenvertrag? Zur politischen Soziologie der staatlichen Alterssicherung.
Jürgen Krüger
- No. 1/1997 "Pumps, leider zu klein...": Eine empirische Studie über den privaten Gebrauchsgüterhandel via Offertenblatt.
Birgit Kunde, Christoph Rülcker, Ansgar Schulz-Kleyenstüber, Uwe Zander
- No. 2/1997 Leistungen und Leistungspotentiale älterer Menschen, Bilanz und Perspektiven des intergenerationalen Lastenausgleichs in Familie und sozialem Netz, Tagungsband.
Dieter Grunow, Sylvia Herkel, Hans J. Hummell (Hrsg.)
- No. 3/1997 Merkmalsraumbildung und Differenzierung von mehrstelligen Variablen.
Günter Winter
- No. 4/1997 Determinanten der Studiendauer: Differenzen zwischen Studierenden verschiedener Fachbereiche? Ein Zwei-Gruppen-Test.
Josef Köster, Uwe Matzat
- No. 5/1997 Die Arbeitsplatzsuchstrategien von Arbeitslosen.
Forschungsprojekt Langzeitarbeitslosigkeit.
Klaus Gröhnke, Hermann Strasser

- No. 1/1998 Arbeitszeitverkürzung, Entgelt und Beschäftigung.
Gerhard Bosch
- No. 2/1998 "Marxloh". Ansichten über einen Duisburger Stadtteil.
Thomas Rommelspacher, Christoph Rülcker, Ansgar Schulz-Kleyenstüber,
Uwe Zander

**Bitte beachten Sie: Ab No. 1/1999 sind alle Beiträge unter
<http://soziologie.uni-duisburg.de/dbsf.htm> abrufbar.**

- No. 1/1999 Marktphilosophien in der Beschäftigungskrise . Zu den Wirksamkeits- und
Wirtschaftlichkeitsannahmen im Ersten und Zweiten Arbeitsmarkt.
Achim Trube
- No. 2/1999 Der große Zapfenstreich. Eine soziologische Analyse eines umstrittenen
Rituals.
Ulrich Steuten
- No. 3/1999 Sozialwissenschaftliches Praktikum in der amtlichen Statistik. Fallbeispiel:
Ergebnisse politischer Wahlen und Strukturmerkmale der nordrhein-
westfälischen Gemeinden.
Wolfgang Gerß
- No. 4/1999 Arbeiten für gute Zwecke. Organisation und Beschäftigung im Dritten Sektor.
Ingo Bode, Achim Graf
- No. 5/1999 Bedingungen und Möglichkeiten kreativen und innovativen Handelns: Die
wechselseitige Strukturierung von Subjekten und Organisationen. Ideenskizze
und Bestandsaufnahme.
Ursula Holtgrewe
- No. 1/2000 Rationalisierung im Dienstleistungssektor – Strategien und Probleme: Ein
Literaturbericht.
Bernd Bienzeisler
- No. 1/2002 Arbeitsmarkt und soziales Kapital: Eine komprimierte Darstellung theoretischer
Grundlagen und empirischer Befunde.
Peter Runia
- No. 2/2002 Kurzstudie zu einer Todesfallstatistik über Kinder und Jugendliche
in Münster/Westf.: Eine Erhebung zu Todesfällen für den Zeitraum 1991-1998.
Jürgen Guggenmos, Sigurd Matz
- No. 3/2002 Transformationspfade intermediärer Wohlfahrtsproduktion: Die Entwicklung
der Caritas im deutsch-französischen Vergleich.
Ingo Bode

DUISBURGER BEITRÄGE zur SOZIOLOGISCHEN FORSCHUNG

- No. 4/2002 Vom Payer zum Player – Oder: Krankenkassen im Wandel. Der Fall der AOK und ein vergleichender Exkurs nach Frankreich.
Ingo Bode
- No. 5/2002 Methoden und Konzepte wissensintensiver Dienstleistungsarbeit.
Arbeitsberichte eines Hauptseminars.
Karen Shire, Bernd Bienzeisler
- No. 1/2003 Unsichere Beschäftigung – unsichere Integration? Auswirkungen destandardisierter Beschäftigung auf die Einbindung in Familie und soziale Netzwerke.
Martin Diewald, Michael Eberle
- No. 2/2003 Erwerbsbiographien von Männern und die sozialen Beziehungen zu Verwandten und Freunden.
Martin Diewald
- No. 3/2003 Die Verbreitung des Crackkonsums in Nordrhein-Westfalen aus der Sicht von Rauschgiftfahndern: Eine explorative Studie
Thomas Schweer
- No. 4/2003 Der Zwang zur Toleranz oder
Die gesellschaftliche Bedeutung der Political Correctness
Roelf Bleeker-Dohmen